

Die Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher Bezahlung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Für unvollständig eingehende Remittenten wird keine Gewähr übernommen. Abnahme nur mit Quittungsbogen 'Saale-Dr.' gestattet.

Verantwortlicher Redaktions-Rat: 1140; der 'Saale-Zeitung' Nr. 1135; der 'Kommunistenzeitung' Nr. 1135.

# Saale-Zeitung.

Zweizehnhundertvierzigster Jahrgang.

werden die Gehaltene Kolonialzeitung über deren Namen mit 20 Hg., solche aus Halle mit 20 Hg., berechnet und in unterm Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Retraum die Seite 75 Hg. für Halle, anderwärts 1 M.

Erscheint täglich dreimal, Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Telephon-Nr. 24.

Nr. 451.

Halle, Freitag, den 26. September

1913.

## Eine Gefahr für die Landwirtschaft.

Geringe Geschäftslage.

Ein händiges Aufleben in den Spalten der deutschen Tageszeitungen ist die Frage nach der Ernährung des deutschen Volkes und nach Befestigung der gegenwärtigen Leistung. Von rechtsstehender Seite bestritt man ursprünglich das Einsehen einer Teuerung aller Lebens- und Gebrauchsmittel. Als später die Verhältnisse mehr und mehr in Erschöpfung traten, glaubte man sie auf Maschinenation der — liberalen Parteien zurückführen zu können, man sprach von „Teuerungsmaschine“ und „Preisnotröhre“! Inzwischen stiegen und stiegen die Lebensmittelpreise mehr und mehr, eine noch nie dagewesene Preisnot setzte ein, und nun die Not der Lebenshaltung zu offensichtlich war, als die Regierung die Kommunen zur Mitarbeit und Vinderung der Not auffordern mußte, da erst bequamen sich die Herren um Herrn v. Heubrand zu ihrem Eingekindnis.

Mit allerhand Mitteln und Mitteln verfuhr man der herrschenden Preisnot und Lebensmittelpreuerung zu Leibe zu gehen. Notstandsstarke wurden geschaffen, die Grenzen gegen die Balkanstaaten für Preisheinfuhr geöffnet, was die im Kriegszustand befindlichen Staaten prompt mit einem Aufbruch beantworteten, der Kartoffelpoll wurde suspendiert — trotz dieser Durchbrechung ging die deutsche Landwirtschaft nicht zugrunde — und schließlich wurde den großen Kommunen die Preisheinfuhr aus Rußland gestattet. Das Uebel aber an der Wurzel anzufassen, nachzugehen, ob nicht doch etwa die bisherige „bewährte“ Wirtschaftspolitik des Staates und des Reiches in Verbindung mit der Hochpreispolitik die Ursache dieser miserablen Verhältnisse sein könnte, ob nicht etwa in der gegenwärtigen Verteilung des produzierenden Bodens die Schuld des Übels liege, dazu konnte man sich nicht aufschwingen. Gelegentlich der Preisnotinterpellation im preussischen Abgeordnetenhaus hatte man zu geben müßen, daß nicht der Großgrundbesitz, sondern der deutsche Bauernstand der Preisträger des Deutschen Reiches ist. Die Konsequenz aus diesem Zugeständnis, daß es dann notwendig sei, den Bauernstand durch eine kräftige und umfassende innere Kolonisation zu stärken und zu vernechten, hat man praktisch nicht gezogen. Die Staatsregierung hat zwar ein Mehr in dieser Frage zugelassen, aber zwischen Zulage und Ausführung ist ein weiter Weg und auf diesem Wege da steht hindernd und hemmend das Agrarierum, dem es bange wird bei dem Gedanken, daß aus den bisherigen abhängigen Arbeitermassen freie und unabhängige, die eigene Scholle bebauende Bauern werden sollen. Bei Durchführung einer umfassenden und planmäßigen Bauernbesiedlung auf dem Boden der unrentablen Staatsdomänen, bei kräftiger Förderung der Fideikommissbildung, wie das die Liberalen verlangen, ginge ja das Prestige so manches „gnädigen“ Herrn verloren! Deshalb stemmt man sich hinter den Rücken gegen die Förderung der inneren Kolonisation, während im kleinen man so tut, als sei der Großgrundbesitz der größte und wärmste Freund der Bauernbesiedlung.

Durch die drohende Arbeitslosigkeit werden die Verhältnisse noch mehr erschwert. Anstatt aufzureden zu sein, wenn es hier und da gelingt, das Gespenst der Arbeitslosigkeit zu bannen, zeter der Großgrundbesitz, wenn die Heeresverwaltung bei den bewilligten Festungsbauten inländische Arbeiter beschäftigt, und die „Deutsche Tageszeitung“ als Organ des nationalen Ueberagrarierturns stoßt hierbei von einer „Gefahr für die Landwirtschaft“. Das genannte Blatt schreibt in Nr. 474 unter dieser Stimmart:

Benachteiligt hat der Reichstag in der Heeresvorlage neue Festungsbauten bewilligt. Aus der Umgebung von Grudenz wird uns geschrieben, daß bei den dortigen Bauten durchwiegend inländische Arbeiter beschäftigt werden. Eine Beschäftigung ausländischer Arbeiter bei den Straßenbauten, die nicht von der Militärverwaltung selbst ausgeführt werden, sondern an ein Preisversteigerung vergeben sind, ist nicht gestattet. Selbstverständlich können die inländischen Arbeiter in erster Linie die Landwirtschaft nicht verlassen. Das darin eine Gefahr für die deutsche Landwirtschaft liegt, die obenhin mit der Verteilung schwer zu kämpfen hat, ist klar. Es ist unseres Erachtens die unabweisbare Pflicht der Heeresverwaltung, dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft nicht aus diesem Punkte die Leidtragende ist. Wir beantragen uns vorläufig mit dieser Anregung, die unseres Erachtens bei der Beratung des Heeresetats im Reichstage wiederholt werden müßte, wenn bis dahin noch nicht Schritte eintreten sein sollte.

Offenlich merkt die Heeresverwaltung den Wind mit dem Jaunpust und sorgt recht bald für Abhilfe, denn sonst sind die Herren inlande und verweigern ihnen den Etat. Während die deutschen Arbeiter als deutsche Reichsbürger und Steuerzahler Hunger leiden, soll die deutsche Heeresverwaltung bei deutschen Festungsbauten ausländische Arbeiter oder gar chinesische Kulis beschäftigen, nur weil fünf Arbeiter den Gutshof verlassen haben. Das ist die Auffassung von „nationalem“ Geist, von sozialpolitischen Empfinden unserer hyperkonventionellen Herren.

Inzwischen aber steigen die Preise für Lebensmittel mehr und mehr in die Höhe. Die Klagen über die Nahrungsmittelteuerung mehren sich von Tag zu Tag. Ablegungen können die Herren der „Deutschen Tageszeitung“ diese Ver-

hältnisse nicht mehr. Da gehen sie umher und suchen nach Gründen für diese Kalamität, nach Gründen, die wo anders zu finden sind als hauptsächlich in der vom Ueberagrarierturn gewünschten Jolkartregelung. Und die „Deutsche Tageszeitung“ hat einen der lächerlichsten Gründe gefunden, er liegt in der mangelnden Kostnuitz unserer Arbeiterfrauen. Nach Abdruck eines Ausschnittes der „Oesterreichischen Agrar-Korrespondenz“ über englische Lebensmittelpreuerung bringt das Blatt in Nr. 475 folgenden Erguß aus eigener Feder:

Man sieht, es ist drüben im Freihandelslande alles gerade so wie bei uns. Die Nahrungsmittelpreise steigen, und die Preissteigerung wird auf hier zum Teil besonders verschärft durch die geringe Geschäftslage der Hausfrauen (der Industriearbeiter) in der Kochkunst, die es ihnen unmöglich macht, auch aus weniger kostspieligen Preisheinfuhr oder gerade wohlfeilen Gemüßsorten schmackhafte Mahlzeiten herzustellen. Preislich, wo sollen diese Frauen die erste Kochkunst erlernen haben, da sie schon von der Schule an ebenfalls Fabrikarbeit leisten und nicht wie früher vor ihrer Verheiratung einige Jahre bei anderen Hausfrauen als Dienstmädchen pardon „Hausgehilfin“ stehen gelernt haben.

Wer laßt da nicht! Wollt ihr, liebe Hausfrauen, also die Lebensmittelpreuerung beseitigen, wollt ihr wieder wie früher mit eurem Wirtschaftsgelde auskommen, dann nehmt schleunigst einen Kochkurs bei der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“, damit eure geringe Geschäftslage in der Kochkunst bald beseitigt wird. Vielleicht schwingt sich das Blatt auch noch auf und bringt uns ein Rezept, nach dessen Befolgung die Frauen der Industriearbeiter es nicht mehr nötig haben werden, das Einkommen des Mannes durch eigenen Verdienst aufzubessern. Die drei Rezepte der „Deutschen Tageszeitung“ zur Beseitigung der Preisnot und Lebensmittelpreuerung: 1. Mehr Arbeit! 2. Mehr Arbeit! 3. Mehr Arbeit! Beseitigt eure geringe Kochkunst lassen erkennen, wie sehr man auf jener Seite gewillt ist, der Verteuerung der Lebenshaltung Einhalt zu tun.

Emil Schwigin (Halle).

## Deutsches Reich.

### Mehr Schutz vor Geisteskranken.

In der Begründung des Urteils gegen den Knabenmörder Ritter, der bekanntlich zu fünf Jahren Gefängnis und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, wird festgestellt:

Der Angeklagte ist krank, aber nicht so krank, daß er nicht verantwortlich wäre. Er ist zwar schuldig, aber doch nicht so schuldig, daß ihm nicht mildernde Momente zur Seite stünden. Das wird man nicht betriebligen, namentlich vom Gesichtspunkte des Schutzes der Allgemeinheit aus. Der Schutz der Allgemeinheit vor Geisteskranken ist heute noch nicht genügend vorhanden, wie Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann kürzlich erst in einer Versammlung von Berufsgeossen unter Aufstellung von Reformvorschlügen ausgeführt hat. Wenn es darin besser werden soll, so kann es nicht durch die Justiz geschehen, da diese nur zu urteilen hat vom Standpunkt der subjektiven Schuld.

Diese Sätze verdienen unterstrichen zu werden, denn sie rühren an einen wichtigen Punkt. Joseph Ritter wird, wenn er seine fünf Jahre Gefängnis verbüßt hat, wieder auf die Menschheit losgelassen werden. Es ist festgestellt, daß er zu den Menschen mit gesteigerten Affekten gehört, bei denen, wenn sie erregt sind, die Hemmungen fehlen, die den Normalen von der Begehung von Schreckensaten abhalten. Ritter bildet somit eine Gefahr für die Menschheit. Es fehlt aber in Deutschland an der Möglichkeit, die Gesellschaft vor derartigen Leuten zu schützen, wenn sie so auf der Grenze stehen, daß sie nicht als gemeingefährliche Tiere in eine Anstalt verbracht werden können. Gerade die letzte Zeit hat in Deutschland eine bedenkliche Häufung von Schreckensaten aller Art ergeben. Um so nötiger ist es, daß die Schutzmaßregeln verstärkt werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß ein Gericht in einer Urteilsbegründung gemißwärtigen abschließend zugestehen muß, daß der Schutz der Allgemeinheit vor geistig nicht gefunden Menschen heute noch nicht genügend ist. Hier kann es nur besser werden, wenn das Publikum solche Reformvorschlüge wie den Fall Ritter zum Ausgangspunkt energischer Reformforderungen nimmt.

### Die Freizügigkeit der Rechtsanwälte.

Die Sozialdemokratie kann wieder einmal aus einer ministeriellen Verfügung Stoff für ihre Agitation nehmen. Es handelt sich um folgenden Fall: Der bekannte Agrartheoretiker der Sozialdemokratie, Dr. Arthur Schulz, Rechtsanwalt in München, hat an den preussischen Minister der Justiz das Ersuchen gerichtet, sich als Rechtsanwalt in seiner Heimatprovinz Preußen niederlassen zu dürfen, und ist trotz Bestätigung seines Gesuchs durch die ostpreussische Anwaltskammer abgelehnt worden. Auf seine Beschwerde um Zulassung in anderen preussischen Oberlandesgerichtsbezirken wurden abgesehen. Zur Beurteilung des Falles ist angefragt, daß Schulz ursprünglich als Doktor der Nationalökonomie und Gutsherr in Preußen anfänglich war. Auf Betreiben des Landrats seines Kreises wurde er

vom preussischen Justizministerium zum Referendarengamen nicht zugelassen, weil er einmal einer sozialdemokratischen Landarbeiterversammlung, dem Wortwärts zufolge lediglich als Zuhörer, beigewohnt habe. In dem ministeriellen Bescheid hieß es u. a.:

Ein solches Verhalten ist mit der Stellung eines preussischen Beamten, also auch mit der eines Referendars, unvereinbar. Da durch die erste juristische Prüfung nur die Fähigkeit zur Bekleidung einer derartigen Stellung festgestellt werden soll, so ist Ihnen die Zulassung zu dieser Prüfung in dem angeführten Bescheide mit Recht verweigert worden.

Man muß in der Kritik diesem Bescheide gegenüber zurückhalten, weil zurzeit nur die Darstellung des „Wortwärts“ vorliegt. Wäre diese richtig und Schulz wirklich nur einmal Zuhörer in einer sozialdemokratischen Versammlung gewesen, so scheint die Verfügung des Ministeriums, die auch die Rechtsanwaltsaufbahn abschneidet, hart zu sein.

Nachdem nun aber Schulz in Bayern seine juristischen Examina gemacht hat und Rechtsanwalt geworden ist, dünkt es uns wirklich kleinlich, daß ihm jetzt auch noch die Ausübung seines Berufs in seiner Heimatprovinz verweigert wird.

## Bereinigungen im Heeres-Ersatzgeschäft.

Nicht der Zufall sondern die Tauglichkeit entscheidet!

Das getrigge Militär-Wochenblatt bringt einen interessanten Auszug über Bereinigungen im Heeres-Ersatzgeschäft infolge der gesetzlichen Neuerungen. Daraus ist vor allem die schon kurz erwähnte Bestimmung hervorzuheben, nach der das Verfahren der Lösung beseitigt ist. Künftig soll für die Reihenfolge, in der die Militärfähigkeiten auszuheben sind, der Grad der Tauglichkeit zum Militärdienst maßgebend sein. Nicht der Zufall soll also künftig entscheiden, ob ein Mann zum Weeresdienst herangezogen ist, sondern die Tauglichkeit. Durch den Wegfall der Lösung werden viele Umständlichkeiten beseitigt und für die Militärfähigen wird die Unsicherheit, in die sie durch eine hohe Losnummer gebracht wurden, wegfallen. Für das bürgerliche Fortkommen war diese Unsicherheit sehr störend, da sich ein Ueberzählig bis zum 1. Februar des nächsten Militärfähigkeitsjahres dauern gewärtig halten mußte, als Nachrath eingestellt zu werden. Niemand stellte gern einen jungen Mann unter solchen Umständen in Dienst, und auch der Staat verweigerte solchen Militärfähigen die endgültige Anstellung. Nach den bisherigen Verhältnissen ist beabsichtigt, beim Ersatzgeschäft eine Situation der Tauglichkeit in zwei Klassen vornehmen zu lassen. Die Tauglichen I (zweifelslos Taugliche) werden voll zur Einsetzung kommen, die Tauglichen II nur so weit, wie sie zur Erreichung der Rekrutenquote nötig sind. Eine Uebertragung von Tauglichen auf das kommende Jahr gibt es nicht mehr, so daß wohl anzunehmen ist, daß die auch als tauglich II Erklärten schon im gleichen Jahre ihre endgültige Entscheidung erhalten müssen. Zunächst werden sie noch als Nachrath verfügbar gehalten und voraussichtlich am 1. Febr. des der Aushebung folgenden Jahres der Ersatzreihe überwiesen werden.

Der Vorschlag, die Nachrathstellung durch Erhöhung der Quote an überzähligen Rekruten (bisher etwa 9 Proz.) ganz zu beseitigen, ist sehr beachtenswert. Seine Durchführung würde ebenfalls im Interesse der Militärfähigen wie in dem der Truppe liegen.

### Die Neuregelung der Sonntagsruhe.

In der Presse wird der weitestliche Inhalt des angeforderten Gesetzesentwurfes zur Neuregelung der Sonntagsruhe veröffentlicht. Es heißt, daß darin die auf Grund der Begutachtungen der Vertretungen des Handelsstandes vom Bundesrat an dem Vorentwurf vorgenommenen Änderungen berücksichtigt sind und daß die vorliegende Fassung diejenige sei, die auch dem Reichstag zugehe. Im wesentlichen bestimmt der Entwurf:

Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, vorbehaltlich der nachfolgenden Vorschriften, am ersten Werktag, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Feiertagen nur wie folgt beschäftigt werden:

Im Betriebe der offenen Verkaufsstellen ist eine Beschäftigung bis zu 3 Stunden zulässig. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für Orte, in denen die Bevölkerung aus der Umgegend an Sonn- und Feiertagen die offenen Verkaufsstellen aufsucht, eine Beschäftigung bis zu 4 Stunden zulassen. Die Gemeinde oder ein weiterer Kommunverband kann die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbezweige auf kürzere Zeit einschränken oder ganz unterlassen. Die Polizeibehörde kann für jährlich 6, mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für weitere 4 Sonn- und Feiertage, an denen besondere Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu 10 Stunden zulassen.

Im übrigen Handelsgewerbe kann die höhere Verwaltungsbehörde sowie die Gemeinde oder ein weiterer Kommunverband eine Beschäftigung bis zu 2 Stunden zulassen. Für das Expeditions- und das Schiffsmaklergewerbe sowie für andere Gewerbebetriebe, insoweit in ihnen Güterveränderungen mit Beschäftigung vorgenommen werden, kann in gleicher Weise eine Beschäftigung bis zu 5 Stunden zugelassen werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für jährlich höchstens sechs Sonn- und Feiertage, an denen besondere Verhältnisse einen

weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu 10 Stunden zulassen.  
Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Gewerbe, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen erforderlich ist, bleiben bestehen. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für solche Gewerbe, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung künftiger oder an diesen Tagen besonders hervorretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, Ausnahmen zulassen.  
Die Vorschriften stehen einer weitergehenden Beschränkung des Gewerbebetriebes an Sonn- und Festtagen durch Landesgesetze oder durch landesrechtliche Verordnung nicht entgegen.  
Die Vorschriften des Gesetzes finden auf die Geschäftsbetriebe der Versicherungsunternehmen einschließlich der Vereine zur Versicherung auf Gegenseitigkeit, der Versicherungsagenten und Wasser, der Stellen-, Annoncen- und Auskunftsvermittler, der Sparkassen, der Konsumvereine und anderer Vereine, die nach Art des Handelsgewerbes ihre Geschäfte betreiben, entsprechende Anwendung.

### Generaldirektor Hallin über die deutsche Beteiligung in San Francisco.

Der Grund für unsere Anregung ist in der Hauptache die Wahrnehmung gemeiner, daß die Behandlung der ganzen Angelegenheit bisher zu wenig erschöpfend gewesen ist, so daß das Urteil über die generelle Ausstellungsmöglichkeit der deutschen Industrie nicht festgestellt ist, und dieses Urteil gegenüber den großen Geschäftspunkten, die für eine deutsche Beteiligung in San Francisco sprechen, ausschlaggebend nicht ins Gewicht fallen darf. Unsere bisherigen Feststellungen haben denn auch ergeben, daß man auf eine für die praktischen Zwecke einer deutschen Beteiligung in San Francisco völlig ausreichende Beteiligung der deutschen Industrie rechnen kann. Wie im einzelnen die deutsche Ausstellung zu gestalten sein wird, wird weiteren Erwägungen und der Tätigkeit des zu bildenden Komitees vorbehalten bleiben müssen. Die Entscheidung wird vor allem auch danach zu treffen sein, welche Mittel von privater Seite für die Ausstellung zur Verfügung gestellt werden. Daß eine Ausstellung der deutschen Industrie, die an dem Platz nach der amerikanischen Botschaft interessiert sind, in San Francisco zustande kommt, ist sicher; daß darüber hinaus auch eine Ausstellung der deutschen Kunst und des Kunstgewerbes zustande kommt, ist im Interesse dieser selbst dringend erwünscht. Dringend erwünscht ist ferner etwas, was man unter dem Namen einer deutschen Kultur- ausstellung zusammenfassen kann, das ist also eine Vorführung des Standes der deutschen Kultur, insbesondere auch der sozialpolitischen Fortschritte in Deutschland durch Bilder, graphische Darstellungen und Statistiken. Daß in San Francisco sich außerdem die beste Gelegenheit bietet, für eine Vermehrung des Reiseverkehrs in Amerika nach Deutschland Propaganda zu machen, ist sicher, und von jeder Steigerung dieses Verkehrs hat unser Vaterland, die Industrie eingeschlossen, den größten Vorteil.

### Der Kaiserliche Straßenbahnerstreik — Beiseite!

Am 25. Sept. (Telegr.) Die für die Tage der Tauwässerscheit drohende Gefahr eines Straßenbahnerstreiks dürfte beseitigt sein, nachdem mittags die Direktion der Straßenbahnen in Gegenwart des Oberbürgermeisters, von Vertretern des deutschen Transportarbeiterverbandes und einer Kommission der Straßenbahngesellschaft die Erklärung abgegeben hat, daß sie nach Besprechen mit der Lokalverwaltung einmütig die Aufhebung der Streikaktion in eine den Wünschen der Angehörigen nach Möglichkeit Rechnung tragende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein- treten werde.

### Ein Arbeitgeberverbot über Arbeiterferien.

Das eben so günstig lautet wie frühere Erfahrungen von Arbeitgeber mit der Gewährung von Urlaub an Arbeiter und Angestellte, hat Dr. J. B. S. Stuttgart am Ende des Streiks und der Auspurgung, die in seinem Betriebe kürzlich stattfanden, abgegeben. Wollt betont nachdrücklich, er wolle die Entziehung der Ferien nur dann eintreten lassen, wenn die Arbeiterhaft ihm durch geschlossene Verweigerung unentbehrlicher Überzeitarbeit die Einhaltung seiner Pflichtenverpflichtungen unmöglich mache. „Ich habe“, sagt B., „glaubt, es ist unnötig, anzuweisen, ich hätte die Pflicht, die Ferien zu nehmen, ein Mann der einige Tage Überzeitarbeit nachgewiesen. Ich bin der Überzeugung, daß kein vernünftiger Arbeiter, der halbwegs weiß, wie es bei mir zugeht, daran denkt, daß ich die Ferien jemals werden entziehen möchte. Ich halte die Ferien für eine segensreiche Einrichtung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und ich spreche die Hoffnung aus, daß sie auch nur daran gedacht werden müßte, die Ferien wieder wegzulassen.“

### Der Scheit nach den Gemüthsfragen

wird jetzt lebhafter erhoben, und die „Deutsche Tageszeitung“ gibt den entsprechenden Petitionen des Verbandes deutscher Gemüthsheiler ihren vollen Gehör. In einer dieser Eingaben wird darauf hingewiesen, daß die Einführung von Gemüthsfragen nach Deutschland in den letzten drei Jahren von 38 Millionen auf 80 Millionen Mark gestiegen ist; eine Steigerung der Gemüthsfragen in Deutschland ist durchaus möglich und würde der Landwirthschaft mit ihren ungünstigen Folgen entgegenarbeiten. Diese letzteren Sätze unterzeichnen wir durchaus. Aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn man glaubte, die Steigerung der Produktion durch Hilfe, also durch eine Verteuerung des Produkts herbeiführen zu können. Bedenken denn die Gemüthsfragen nicht, daß eine Verteuerung des Gemüths, namentlich angesichts der sonstigen Teuerung, lediglich einen ungesunden Rückgang des Konsums zur Folge habe, also für die Gemüthsheiler selbst ein höchst zweifelhaftes Geschäft sein müßte?

### Die Festspiele als Anknüpfungspunkt

Mit den Festspielen zur Jahrbundfeier ist es ein eigen Ding. Kaum eines, woran nicht irgendwer ein Vergnügen nähme. Auch dem Hauptmannlichen Beispiel für Breslau wurde bekanntlich vorgemacht, daß es antwortungsbereite Stellen enthalte, was übrigens Hauptmann selbst nicht geahnt hat. Wie überaus empfindlich man aber in Zentrumskreisen ist, hat der Verfasser des Rauber Festspiels erfahren müssen, dem es durchaus ferngelegen hat, den Ultramontanen unangenehme Wechsellagen zu wollen. Er hat in sein

Spiel ein Gespräch zwischen Bäcker und dem Rauber Pater eingeschoben, das, nach der „Katholischen Zeitung“, wie folgt verläuft:

Bäcker: Denn wären wir ja so weit. Sie, Herr Pater, daß ich besonders für die schöne patriotische Ansprache zu danken, wo Sie jedenfalls gehalten haben, wie ich den die beifälligsten Helfer von der Leute Seite. Sind Sie lutherisch oder katolisch?

Pater: Wir sind hier lutherischer Reformierte, Herr Bäcker.

Bäcker: Er ist ja lutherisch, wie wir alle da oben. Aber wissen Sie, Herr Pater, im Grunde ist det einerlei. Wir haben doch alle das selbe Ziel.

Pater: Und in Sachen des Vaterlandes sollte die Konfession nichts gelten.

Bäcker: Jamoll, mein Lieber, Badderlandsliebe ist eben die Religion und Konfession für uns alle.

Diese Stelle hat einen katholischen Geistlichen veranlaßt, das Festspielhaus während der Vorstellung demonstrativ zu verlassen, und gibt der „Katholischen Volkszeitung“ Anlaß zu scharfen Angriffen auf den Verfasser!

### Haar und Flotte.

#### Frankfurter „Zeitung“.

Paris, 25. September.  
Das erste Panzerflugzeug der französischen Armee wird demnächst auf dem Aérostat de Châlons erprobt werden. Wie die Blätter erklären, würde dieser „Zeppelin-Träger“ — denn das wäre seine Rolle — sich durch seine Geschwindigkeit selbst schnellsten feindlichen Verfolgungen nähern, deren Feuer handhabe und mit gleich weittragenden Waffen erwidern können. Die Steuerung des Apparates, dessen jede Bewegung natürlich abgemessen werden, habe man einem Interferometer übertragen, der an den jüngsten Mannern teilhaben. Journal gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Aufsicht über die beiden Zeppelin-Träger in sehr unangenehme Lage bringen, da sie ein unvorstellbar großes Ziel bieten und ein einzelner Zeppelin für unter Umständen zur Explosion bringen und zerstören könnte.

### Kleine vermischte Nachrichten.

In Odessa ist ein neuer Todesfall an Cholera vorgekommen.  
Das russische Geschwader ist um 10 Uhr von Brest nach Christianland abgegangen.

### Hof- und Personalmeldungen.

\* Ordensverleihungen. Der König von Preußen hat dem Oberlieutenant Grafen v. Bülow auf Rogau-Rosenau im Landrath Schweinik die Brillanten vom Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Stern und Eichenlaub, und dem Wirklichen Geheimen Kriegsrat Dr. J. Roman in Berlin den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen.

### Opfer der Fremdenlegion.

Wir lesen in der „Württ. Ztg.“ folgendes:  
Aus der französischen Stadt Beacons (Dep. Doubs) erhalten wir von einem jungen Schwaben, der durch eine kühnere Handlung über die Grenze getrieben worden ist und nun in Frankreich, abgesehen von der Rückkehr nach der Heimat, durch Elend und Hunger wie viele andere junge Deutsche in Gefahr ist, ein Opfer der Fremdenlegion zu werden, ein Brief, den wir mit einigen ungenügenden Auslassungen hier wiedergeben. Dieser Koffer eines Bergarbeiters ist eine ergreifende Warnung für unbesonnene junge Leute, zugleich aber auch eine Mahnung, den Kampf gegen die Fremdenlegion mit allen Kräften zu führen und auf Mittel und Wege zu finden, den freiwilligen und unwillkürlichen Zutritt zur Fremdenlegion mehr und mehr zu unterbinden und jungen Deutschen, die in Frankreich in Not geraten, die Rückkehr ins Vaterland zu ermöglichen. — Die Gefährlichkeit, die der Briefschreiber nun erdichtet, haben wir folgende gemindert, und wir hoffen, daß sie ihm ermöglicht wird, der Fremdenlegion zu entgehen.

„Nach schlimmen Verletzungen liegt ich hier im Elend. Was ich in den letzten Monaten erlebt und durchgemacht habe, ist derart, daß es ein sensationelles Buch ausmachen würde. Nun sehle nur noch, daß ich den Weg des Großteils meiner Lebensgenossen gehen müßte, in die Fremdenlegion. Seit einigen Tagen beobachte ich hier am Orte, wie der Fremdenlegion immer neue Opfer zutreiben. Es sind fast ohne Ausnahme Deutsche. Hier am Orte, der so viel von wandernden Deutschen und meist blutigen Gesellen paßiert wird, ist kein Mensch, der sich auch nur mit einem Stück Brot der Hilflosen annehmen würde. Die Postler nimmt einen jeden fest, der nicht im Besitze von Ausweispapieren und vor allem einigen Franken ist. In ihrer Angst vor einigen Tagen Gefängnis wegen Raubganges und dem nachfolgenden Schut nach Deutschland erstatten die jungen Leute ja in mir, sie möchten in die Legion eintreten. Der deutsche Detachement, der ergriffen worden ist, und dem außer Festungsstrafe die Verweigerung ist die zweite Klasse des Soldatenabzeichens sicher ist, wählt a u s a m s l o s die Fremdenlegion, damit er nicht über die Grenze gedrückt wird.

So viel ist ganz gewiß, der französische Staat braucht keine Wehr für die Rekrutierung von Legionären zu bezahlen, so lange ihm so viel junge Deutsche zutreiben, daß er lange nicht alle annehmen kann. Sie meinen vielleicht, die Sade mit dem Hunger sei nicht so schlimm. Ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, daß in den Grenzbezirken der Champsignons so stark ist, daß jeder deutsche Handwerker, der um ein Stück Brot kämpfen muß, verarmungslos vor die Tür gejagt und abendlich nach der Gendarmerie benutzert wird. Der Deutsche, der sich hier verirrt hat und mittellos ist, fällt der Legion zum Opfer, denn in dieser Stadt mit 60 000 Einwohnern ist nicht einmal jemand, der ihm mit Worten trösten würde. Die Unwissenheit, die in früheren Semestern von durchschnittlich 70—80 deutschen Studenten bezeugt wurde, ist heute wegen der Zwischenfälle in Nancy usw. mit vollem Erfolg b e p l o t t i e r t. Ein Schweizer Konjul ist am Platze. Er verwalte die Kasse eines örtlichen Schweizer Hilfsvereins, von der die wandernden jungen Schweizer Naturalverpflegung und Quartier erhalten. Auf diese Weise sind die letzteren vor der trübseligen Not geschützt, die jungen Deutschen dagegen, die in viel größerer Anzahl

jahraus und jahrein durch Beacons kommen, finden nicht mehr Hilfe.  
Daraus erklärt sich, daß Beacons eine der Hauptrekrutierungsorten für die Fremdenlegion ist, und der größte Teil der hier gemachten Rekruten kommt aus Süddeutschland und namentlich aus Württemberg. Seit den Tagen, da ich das hiesige Rekrutierungsbureau beobachte, habe ich viele der jungen Leute gesprochen, sie kannten alle das Elend, das ihnen in der Legion erwartet, sie waren genügend aufgeklärt, und sie hätten den Schritt gewagt nicht getan, wenn sie zu essen gehabt hätten. Ich konnte nicht helfen, ich hatte selbst nichts. So sehe ich Tag für Tag, so lange ich selbst noch auf den Beinen bin, Altersgenossen von mir und noch bedeutend jüngere, das Haus betreten am Place d'Etat-Major, in dem die Rekruten gemüthet werden. Freilich geht immer ein Teil zurück, es werden nicht die Hälfte der sich Anmeldenden genommen, aber was nicht zurückgeht, das sind die ganz gelunden, tauglichen Leute. Die werden zu Krüppeln geformt in Algier, Marokko oder Tonkin, oder stehen dort am Fieberbett hin.

Ich habe keine Stütze, an der ich schlafen, geschnappt richtig ruhig schlafen kann. Nach der Heimat kann ich mich nicht um Hilfe wenden, denn jetzt habe ich keinen Menschen mehr, der mir helfen könnte und wollte. In all dieser Not nun wende ich mich an Sie und bitte Sie dringend, um die Erfüllung einer Gefälligkeit... Ich wäre dann einwilligen vor dem Schicksal bedrängt... Es wäre mir zugleich eine heilige Arbeit, andere zu warnen! Ich bin jetzt persönlich in einer solchen Notlage, daß ich nicht weiß, wo ich morgen um diese Zeit welle und was ich da bin. Heute habe ich mein letztes Werkstück, meine Taschenrechner, um in diesem Hofe einen Brief schreiben und ihn frankieren zu können... Ich habe nicht nur die Heimat, sondern auch die Freunde verloren. Ich bin gequält, wie ein Zuchthäuser, und doch werde ich danach, so lange ich noch Herr über mich selbst bin, nach jenseits zu kommen, in das Land, in dem durch harte Arbeit und ungenügend viele Schiffsfähige trotz alledem eine neue Zivilisation bauen.“

### Ausland.

#### Freiherr Conrad v. Högenhof über seinen Rücktritt.

Wien, 25. Sept.  
Nach Informationen in militärischen Kreisen soll die Enthebung des Chefs des Generalstabes Frhr. Conrad v. Högenhof von seinem Posten und die Ersetzung durch den Kommandeur des vierten Armeekorps in Budapest, General Terzjanszki, bereits erfolgt sein.

Die „Kronzeitung“ veröffentlicht ein höchst interessantes Interview mit Freiherrn v. Conrad, in welchem dieser mit soldatischer Offenheit über seinen Rücktritt spricht und ausdrücklich hervorhebt, daß sein Rücktritt nicht aus politischen Gründen erfolge, sondern mit Fragen militärischer Natur (wie man allgemein annimmt, einem Konflikt mit dem Chef des Generalstabes) zusammenhänge. Der General sagte: „Es ist mir als General sowie jedem Offizier unmöglich, etwas über persönliche Emfindungen zu äußern; dazu sind solche Fälle zu heilig. Ich habe mich deshalb zurückgezogen und warte die nächsten Ereignisse in stiller Geduld ab, und es ist nicht meine Absicht, auf die unglücklichen Gerüchte zu replizieren. Folgendes können Sie der ganzen Welt sagen: Es ist vollständig erlogen, daß ich die Absicht hatte, nach Rom zu fahren, ich dachte gar nicht daran. Ferner entsprechen alle Kombinationen, die über ein mögliches Verhältnis zwischen mir und dem Grafen Berchtold willen wollen, absolut nicht den Tatsachen. Ich erkläre, daß ich den Grafen Berchtold als Gentleman hochschätze, und daß zwischen uns keine wie immer geartete Mißstimmungen bestehen. Gleichzeitig nehme ich keinen Anstand, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß das Verhältnis zwischen dem Grafen Werthenthal und mir gerade das entgegengesetzte war. Ich wurde vor ungefähr einem Jahre durch die Gestaltung der politischen Verhältnisse neuerdings zum Chef des Generalstabes ernannt, aber der Kaiser meiner Stellung la g e i n e s t o r m a g r a n d e. Ich bedauere, daß ich die Öffentlichkeit so sehr mit mir beunruhigt. Es ist eine alte Tatsache, daß Generale, Korpskommandanten und Armeesinspektoren nach einer gewissen Zeit Zingieren Maß machen müssen. Nur der Papst und die Regenten stehen für die Lebensdauer an der Spitze der Regierung.“

### Die Mächte und der Zustand in Albanien.

Die Meldung französischer Blätter über eine angeblich bevorstehende Abbeziehung der englischen Truppen aus Skutari ist — so schreibt der offizielle belgische „Tag“ — in dieser Form geeignet, irreführend zu wirken. „Nach unseren Informationen hat die englische Regierung vor einiger Zeit ihren Standpunkt lediglich dahin ausgesprochen, daß sie nicht die Absicht habe, ihr in Skutari weilendes militärisches Detachement länger als u n b e d i n g t n o t e n d i g d o r t z u b e l a s s e n. Wenn diese, von englischen Diplomaten gelegentlich geäußerte Absicht von französischer Seite gerade im gegenwärtigen Moment bekannt gegeben würde, so gewinnt man den Eindruck, als geschähe es zu dem Zweck, eine ruhige Beurteilung der ohnehin komplizierten Lage zu erschweren. Auch hinsichtlich der Gründe, die französische Blätter für diese angeblich englische Maßnahme ins Feld führen, muß gesagt werden, daß sie den Tatsachen nicht entsprechen, da eine Antikimlichkeit zwischen den Großmächten in Sachen des serbisch-albanischen Konflikts nicht vorliegt und auch nicht vorliegen kann, zumal die Kabinette über diese Angelegenheit noch nicht miteinander in einer regelrechten Meinungsauseinandersetzung getreten sind. Für heute kann nur als feststehend angesehen werden, daß eine dauernde Festlegung Serbiens in albanischen Gebietsstellen von den Mächten ebensowenig gebildet werden wird wie die Abbeziehung albanischer Truppen auf serbisches Territorium.“







